

Liebe Schönwalder,

kurz vor Verteilung unseres bereits gedruckten April-Flyers traten die rigiden Beschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie in Kraft. Die geplante fußläufige Verteilung musste leider aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen eingestellt werden. Unter www.afd-schoenwalde-glien.de können Sie diesen April-Flyer jedoch noch aufrufen. Es lohnt sich!

Die Themen sind nach wie vor aktuell, wie z.B. Straßenerschließungsbeiträge, die Akte Hanau, das Erfurter Demokratieverständnis der Altparteien!

Zum heutigen Flyer möchten wir anmerken, dass in unserer Gemeinde das Thema „Straßenerschließungsbeiträge“ ein unerfreulicher Dauerbrenner ist. Wir drucken an dieser Stelle den Gastbeitrag eines Schönwalder Mitbürgers ab. Wir meinen, in jeder Hinsicht sehr aufschlussreich!

Wir berichten ferner von der Neuwahl des AfD-Kreisvorstandes, in der wir Schönwalder durch Siegrid Krause vertreten sind. Unser neuer Kreisvorsitzender Dr. Dominik Kaufner stellt sich vor mit einem sehr interessanten Beitrag über das Selbstverständnis der AfD und das doch hinterfragungswürdige Demokratieverständnis der Altparteien.

In der „großen“ Politik haben die Corona-Maßnahmen Auswirkungen auf das Leben jedes Einzelnen. Die Pandemie selbst, aber insbesondere die verheerenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen sind überall das alles beherrschende Thema. Es gibt aber nicht nur eine Meinung zu diesem Themenkomplex. Zahlreiche führende Wissenschaftler vertreten Meinungen, die erheblich von den Thesen der Bundesregierung und ihrer systemkonform berichtenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den Printmedien abweichen. Nachstehend auch hierzu einige interessante Kommentare, Informationen und als Einführung eine etwas satirische Betrachtung mit viel Wahrheitsgehalt.

Straßenerschließungsbeiträge

Von Bodo Rabe, Schönwalde-Siedlung

In der 12. Sitzung der Gemeindevertretung von Schönwalde-Glien wurden am 14. Mai 2020 zwei gut durchdachte und rechtlich saubere Anträge der Fraktion *Die Linke/Familie/Forum* zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt. Beide Anträge wurden mit Arroganz und Voreingenommenheit von allen anwesenden Vertretern der CDU und der SPD abgelehnt. Im ersten Antrag sollte beschlossen werden, dass die Gemeindevertretung den Brandenburger Landtag auffordert, das **Recht der Erschließungsbeiträge** nach dem Baugesetzbuch durch Landesrecht zu ersetzen. Im Landesrecht wäre dann die Abschaffung der sogenannten Erschließungsbeiträge festzuschreiben. Dies ist rechtlich möglich und in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern bereits realisiert. Zu diesem Thema lagen in der Vergangenheit bereits mehrere Anträge der Fraktionen von *AfD* und *Die Linke/Familie/Forum* vor.

Hauptgegenstand bei den sogenannten Straßenerschließungen war immer die Einbeziehung und Mitbestimmung der Anlieger mit dem Ziel der Kostenminimierung sowie die Neugestaltung der Erschließungsbeiträge. Nur kurz zur Erinnerung, 90 % der anfallenden Straßenerschließungsbeiträge zahlt der Anlieger und der Gemeindeanteil beträgt lediglich 10%. Je nach Grundstücksgröße muss der Anlieger heute mit einem Kostenbescheid in Höhe von ca. 15.000 bis 20.000 Euro rechnen.

Als Einwohner war ich wiederholt bei derartigen Sitzungen der GVV zugegen und stellte fest, dass weder der Bürgermeister noch die Vertreter der *CDU und SPD* bereit sind, von der Linie des Bürgermeisters abzuweichen, sie leisteten "treue Gefolgschaft".

Eine fast sensationell zu bezeichnende Ausnahme gab es bei der Sitzung am 12.12.2019. Ein Antrag der *AfD*, trotz



vehementen Ablehnung durch den Bürgermeister, wurde mit 10x ja, 3x nein und 0 Enthaltungen angenommen. Gegenstand dieses Antrags war, die Gemeinde möge bis September 2020 eine Satzung zum Straßenbau/Erschließung erarbeiten, die dem Anlieger ein entscheidendes Mitspracherecht in der Planung, Ausführung und Kostengestaltung gibt.

Erfreulicherweise konnte ich feststellen, dass einige Vertreter von *CDU und SPD* doch bereit sind bzw. waren, den Wünschen ihrer Wähler nach kostengünstigeren Straßenbaumaßnahmen zu entsprechen. Dieser Beschluss wurde durch B. Oehme beantragt und am 23.01.2020 erneut zur Abstimmung vorgelegt. Zu dieser Sitzung waren die Gemeindevertreter stark beeinflusst, u.a. wohl mit dem Hinweis auf eine persönliche Haftung der Gemeindevertreter. Im Ergebnis wurde der Antrag der *AfD* mit 8 : 8 : 1 gekippt, und zwar mit den Stimmen aller anwesenden *CDU-Vertreter und SPD-Vertreter*, bei einer Stimmenthaltung eines *SPD-Vertreter*.

So darf meiner Meinung nach Politik in unserer Gemeinde nicht laufen.

Der zweite Antrag beinhaltete die **öffentliche Übertragung der Sitzungen** der Gemeinde-Vertretung, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte im Livestream (Internet) mit dem Ziel, möglichst vielen Bürgern eine Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben der Gemeinde zu ermöglichen. Auch dieser Antrag - im Zeitalter der elektronischen Medien - wurde mit sehr dürftigen, fadenscheinigen Argumenten, wiederum durch die Vertreter von *CDU und SPD* und für mich vollkommen unverständlich abgelehnt.

AfD Havelland mit neuem Vorstand

Am Samstag, dem 22. Februar 2020, wählte die Kreismitgliederversammlung der AfD Havelland in Falkensee einen neuen Kreisvorstand. Mit rund 60 Personen war die Veranstaltung gut besucht.

Der Gymnasiallehrer und Historiker Dominik Kaufner (36) aus Seeburg wurde neuer Kreisvorsitzender. Die Falkenseer Andreas Schill (60), Polizeibeamter im Ruhestand und sachkundiger Einwohner im Kreistag, und der Automechaniker Achim Krüger (56) wurden zu Stellvertretern gewählt. Ebenfalls aus Falkensee kommt die Stenokontoristin Ingrid Krebs (68), die erneut zur Schatzmeisterin gewählt wurde. Der Informatiker Michael Grube (44), der die Fraktion der AfD in der SVV Nauen führt, bekleidet fortan den Posten des Schriftführers. Mit dem Maler und Lackierer Ralf Maasch (55), Ortsvorsitzender in Rathenow, und der Buchhalterin Siegrid Krause (72) aus Schönwalde-Glien ist das restliche Havelland auch geographisch gut abgebildet, beide wurden zu Beisitzern gewählt. Der Vorstand im Überblick:

Dr. Dominik Kaufner, Vorsitzender
Andreas Schill, 1. stellvertr. Vorsitzender
Achim Krüger, 2. stellvertr. Vorsitzender
Ingrid Krebs, Schatzmeisterin
Michael Grube, Schriftführer
Ralf Maasch, Beisitzer
Siegrid Krause, Beisitzerin



v.l.n.r.:
Achim Krüger,
Andreas Schill,
Ingrid Krebs,
Ralf Maasch,
Siegrid Krause,
Michael Grube,
Dr. D. Kaufner

Die AfD und die „demokratischen“ Parteien

Von Dr. Dominik Kaufner

Politiker der Etablierten sprechen gerne von ihren Parteien als den „demokratischen“ und meinen damit, die AfD gehöre nicht dazu. Auch sonst bilden sie gerne eine ‚Nationale Front‘ im Kampf gegen den Faschismus und unterstellen der AfD mit Rückendeckung eines politischen, instrumentalisierten Verfassungsschutzes, der eigentlich ein Etablierten-Schutz ist, Extremismus und Verfassungsfeindlichkeit. Man fühlt sich jedes Mal an den Demokratie-Begriff der Deutschen Demokratischen Republik erinnert.

Dass wir die eigentlichen Verteidiger der Demokratie und der Verfassung sind, wissen sie in den Chefetagen der Etablierten haargenau, denn sie sind es, die seit langem an der Aushöhlung der grundgesetzlichen Ordnung arbeiten – schon lange, bevor in der Corona-Krise alle Hemmungen gefallen sind. Das **Grundgesetz** definiert in den sogenannten Staatsstrukturprinzipien unsere Demokratie sehr konkret: Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatsprinzip, Bundesstaatlichkeit. Wie ist es um diese Merkmale unserer Demokratie bestellt?

Die **Volkssouveränität** akzeptiert man nur noch, wenn das Volk richtig, mithin im Sinne der etablierten Parteien und Medien entscheidet. Sonst drohen bunte Bündnisse und Proteste der selbsternannten Zivilgesellschaft. Unverzeihliche demokratische Wahlen werden notfalls auch schon einmal rückgängig gemacht.

Die **Gewaltenteilung** wurde im Zuge der Eurorettung de facto außer Kraft gesetzt, weil von der Kanzlerin längst gefasste Beschlüsse in Nacht-und-Nebel-Aktionen durchs Parlament gepeitscht wurden.

An **Recht und Gesetz** hat man sich bei der Euro-Rettung ebenso wenig gehalten, indem man gegen die No-bailout-Klausel (Nichtbeistandsklausel) verstieß. Der Rechtsstaat wurde dann vollends mit der einsamen Entscheidung Angela Merkels, die Grenzen im September 2015 zu öffnen, der Lächerlichkeit preisgegeben.

Illegaler Grenzübertritt wird seither nicht nur geduldet, sondern sogar noch dazu ermuntert. Personen, die das kriminelle Handwerk der Schlepper unterstützen, erhalten Preise und Auszeichnungen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird aber auch schwer beschädigt, wenn friedliche Bürger vor Schutzsuchenden Schutz suchen und täglich das Zusammenleben neu aushandeln müssen, wie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Frau Aydan Özoguz (SPD) riet.

Und wenn Brandenburger Gerichte inzwischen so schwach besetzt sind, dass man Straftäter einfach laufen lassen muss, ist die **Rechtsstaatlichkeit** ebenfalls infrage gestellt. Dass man Park- und Temposünder einfach laufen ließe, hat man bisher allerdings noch nicht gehört.

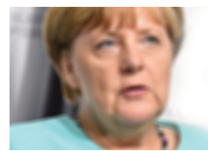
Der **Sozialstaat** schließlich wird durch die unregelmäßige Masseneinwanderung in die sozialen Sicherungssysteme mittelfristig scheitern müssen. Diejenigen etablierten Parteien, die sich die Sozialpolitik besonders auf die Fahnen schreiben, können von dieser Art Einwanderung allerdings gar nicht genug bekommen. Wir wollen es dem Leser ersparen, diese Liste noch fortzusetzen.

Wie sehr das ganze Spiel vom unterstellten Extremismus der AfD inszeniert ist, kann jeder mühelos an alltäglichen Beispielen erkennen, bei denen Staat und Medien im Kampf gegen tatsächlichen Extremismus versagen: Links motivierte Überfälle auf Journalisten und Politiker sowie Brandanschläge auf deren Autos. Die Äußerung der Grünen-Politikerin Künast, man müsse die **Antifa von Staats wegen langfristig solide finanzieren**. Der öffentliche Aufruf der Antifa bald darauf, die Corona-Krise durch Aufstände, Plünderungen und Sabotage-Aktionen zu verschärfen.

Und schließlich die vor kurzem auf einer Tagung der Linken öffentlich erhobene Forderung, man müsse im Rahmen einer kommenden Revolution „**das eine Prozent der Reichen**“ erschießen, die Parteichef Riexinger mit den Worten quittierte, man werde die Leute lieber für „nützliche Arbeit“ einsetzen und dafür freundliche Lacher ertete. Unser Staat ist auf dem linken Auge blind. Man stelle sich vor, derartige Äußerungen fielen auf einer Tagung der AfD!

Demokratieverständnis in Merkel-Deutschland

Von Axel Schröder



Im baden-württembergischen Landtag hat die AfD-Abgeordnete Carola Wolle kürzlich den Antrag gestellt, die Tagesordnung zu ergänzen und den Innenminister aufzufordern über den Vorfall anlässlich einer Demonstration auf der Cannstatter Wasen zu berichten. Hier hatten Linksextremisten 3 junge Demonstrationsteilnehmer mit Schlagringen brutalst zusammengeschlagen und einer der Burschen schwebte tagelang in akuter Lebensgefahr.

Die Polizei spricht von einem beabsichtigten Tötungsdelikt!! Carola Wolle wies darauf hin, dass der Linksextremismus hiermit eine neue Qualität erhalten habe und erinnerte an die Anfänge der RAF (Rote-Armee-Fraktion), der bekanntermaßen 34 Menschen zum Opfer gefallen sind. Sie wies darauf hin, dass dieser Entwicklung mit Entschlossenheit entgegenzutreten sei und beantragte daher eine Aussprache. Der Landtag stimmte hierüber ab. Sämtliche Parteien lehnten den Antrag ab, auch die „christliche“ CDU!!! Das Ergebnis macht fassungslos, zeigt aber schonungslos auf, in wessen Händen diese Demokratie mittlerweile liegt.

Fassungslos macht auch ein Vorgang in Mecklenburg-Vorpommern. Dort ist die Linken-Politikerin Barbara Borchardt mit den Stimmen der CDU zur Verfassungsrichterin gewählt worden. Zu dieser Personalie muss man wissen, dass B. (SED – PDS – Die Linke) auch Gründungsmitglied der vom Verfassungsschutz auf Bundesebene beobachteten Antikapitalistischen Linken ist, sicherlich kein Verein zur Förderung sozialer Marktwirtschaft!

Nur wenige kennen diese beiden Vorfälle, sie passen nicht in die Selbstdarstellung der Einheitsfront von CDU, SPD, Grüne/Bündnis 90 und Die Linke! Selbstredend war hierüber auch in den staatskonform berichtenden Medien so gut wie gar nichts zu hören/zu lesen. AKK (Annegret Kramp-Karrenbauer) hat die CDU in Mecklenburg-Vorpommern gerügt. Das war es!

Kleines politisches Drehbuch

Von Gerald Hübner



Wenn das Schicksal Dir eine undurchsichtige äußere Bedrohung schenkt, dann mache erst mal nichts dagegen, so dass es eine innere wird. Dann blase sie tüchtig auf. Mach richtig Druck und blende alle beruhigenden Informationen und Bewertungen aus. Lass sie löschen, verbanne und verdamme sie und erkläre die Autoren zu „Verschwörungstheoretikern“, zu „Asozialen“ und - ganz wichtig - erkläre sie zu „Rechten“. Kritik von „Linken“ ignorierst Du oder Du machst aus ihnen auch „Rechte“.

Dann frierst Du das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Leben ein! Du nimmst ihnen die Verdienstmöglichkeiten – aber nicht allen! Schließlich kassierst Du die bürgerlichen Freiheiten. Der Bürger kann ja schließlich nicht ahnen, was gut für ihn ist, also sagst Du es ihm. Verschaffe ihm anhaltend schlechte Laune, überschütte ihn mit reißerischen Schlagzeilen, lass ihn nicht zur Ruhe kommen, halte ihn in Angst. „Angst“ ist der Schlüssel.

Der Bürger wird Dir in Dankbarkeit ergeben sein, denn Du bist jetzt ein „Actionheld“. Du wirst das an den steigenden Umfragewerten erkennen. Je mehr Du sie bevormundest, desto mehr lieben sie Dich. Sie werden Dinge bereitwillig machen, die sie vor kurzem noch brüsk abgelehnt hätten. Aber Du darfst den Zeitpunkt nicht verpassen, der Zeitpunkt, an dem das zu kippen droht. Dann holst Du sie aus ihrer wirtschaftlichen Bedrückung heraus, mit Geld, was Du nicht hast. Du verschuldest die Nation – lass es krachen wie zu Kriegszeiten!

Leider hast Du dann recht schnell keine Gestaltungsfreiheit mehr, die Kassen sind leer, die Kredite ausgeschöpft. Dann spielst Du das hohe Lied der Solidarität - Du weißt schon, der „wir sitzen alle im gleichen Boot“- Unsinn - und plünderst alle aus, die nicht ausweichen können, die ihr Geld nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben oder die noch nicht geflohen sind. Also das einfache Volk!

Das raubst Du aus und sanierst damit den Staat. Dann lässt Du Dich ein 2. Mal feiern und natürlich wirst Du wiedergewählt. Zwar wird sich das Volk ein, zwei Jahre später fragen, was es da mal wieder mit sich hat machen lassen, aber das ist nicht schlimm. Das ist einfach nur der perfekte Zeitpunkt, die nächste undurchsichtige äußere Bedrohung aufzublasen. Du könntest die „Klimakrise“ aufwärmen (wie passend), die wird funktionieren. Du warst da schon ziemlich weit, war eigentlich unnötig, dass da dieses Corona-Virus dazwischengekommen ist.

Meinungsvielfalt

(*) Quellenhinweis siehe Fußnote

GEZ-Gebühren bzw. -Zwangsabgaben müssen von allen Bürgern, auch von den ca. 6 Millionen AfD-Wählern, abgeführt werden. Die Zahl nicht nur der AfD-Mitglieder, sondern auch die der AfD-Wähler steigt stetig trotz der inszenierten Hetzkampagnen in übelster Art. Eigentlich sollte man in einem demokratischen Staat davon ausgehen, dass die Meinungsvielfalt zumindest analog zu den im Bundestag vertretenen Parteien abgebildet wird. Fehlanzeige, die AfD-Fraktion kommt nicht vor!

Seit Beginn der Corona-Krise in Deutschland ist nicht ein einziger AfD-Politiker in einer Talksendung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgetaucht. Dabei sind wir die einzige Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag, welche konsequent von Anfang an die Regierung kritisiert hat, insbesondere jetzt, bei den überzogenen Corona-Einschränkungen. Gleichzeitig behaupten die Medien, die AfD-Fraktion hätte zu Corona nichts zu sagen: Eine unfassbare Heuchelei!

Am 26.5.2020 präzisiert Jürgen Pohl, sozialpolitische Sprecher der AfD im Bundestag, dass in 70 Sendungen zum Thema „Corona“ 340 Gäste eingeladen wurden, davon kein einziger von der AfD! Das ist bundesdeutsche Meinungsvielfalt im Jahr 2020, eine Entwicklung, die verantwortungsbewusste Demokraten nachdenklich stimmen sollte.

Immunitätsnachweis? Wir sagen nein zur Impfpflicht!

(*) Quellenhinweis siehe Fußnote



Gesundheitsminister Spahn prescht mal wieder nach vorne, ohne nachzudenken - das kann er gut. Er möchte einen Corona-Immunitätspass für alle und sät damit einen Spaltpilz in die Gesellschaft. Mit einem Immunitätsnachweis droht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die Wahrnehmung zentraler Grundrechte an die vorbehaltlose Preisgabe persönlicher Daten geknüpft ist. Solchen potenziell totalitären Bestrebungen wird sich die AfD-Fraktion im Bundestag entschieden widersetzen!

(*) Artikel basieren auf Tagesinformationen der AfD-Bundestagsfraktion, nachzulesen unter www.afdbundestag.de

Wer finanziert die „Coronaschulden“?

Wir zitieren nachfolgend den Bundessprecher der AfD, Prof. Dr. Jörg Meuthen, aus einem seiner kürzlich im Internet erschienenen Kolumnen:

„Liebe Leser, wenn Sie bislang dem Versprechen von Frau Merkel glaubten, es werde weder **Eurobonds** (EU-Staatsanleihen, Anmerk. d. Red.) noch die insbesondere von den ökosozialistischen „Grünen“ so vehement geforderten **Corona-Bonds** geben, dann haben Sie sich leider getäuscht.

Merkel hat nun nämlich dem französischen Präsidenten Macron einen großen Gefallen getan (die französische Zeitung „Le Figaro“ spricht sogar von einem „Geschenk“, das die Kanzlerin dem Präsidenten gemacht habe!) und mit ihm gemeinsam verkündet, dass es SOWOHL Eurobonds ALS AUCH Corona-Bonds geben werde. Sie sollen bloß anders heißen, damit der Bruch des Versprechens nicht ganz so auffällig ist: „Wiederaufbaufonds“ nennt man dieses nächste Finanz-Joch nun, unter das wir Deutsche gezwängt werden sollen.

Wie das Ganze funktionieren soll, haben die französischen Nachrichtensender mit Blick auf die Vorteile für Frankreich gut auf den Punkt gebracht, wie Jürgen Liminski in seinem Kommentar in der „Jungen Freiheit“ verdeutlicht: „Die EU mache dank der Beteiligung Deutschlands günstig Schulden, ähnlich wäre es ja bei Corona-Bonds; die Länder selbst bekommen das Geld als Zuschüsse, nicht als Kredite; es sei ein „revolutionärer Schritt“ (France 2), Europa zeige sich solidarisch. Bei den Reaktionen wird Italiens Premier zitiert, für den das nicht ausreichend sei, was so viel heißt wie: Da kommt noch mehr deutsches Geld, aber erst später. All das, unausgesprochen, dank Macron, dem es gelungen sei, Merkel ins Boot zu holen.“ <https://jungefreiheit.de/.../20.../merkels-geschenk-fuer-macron/>

Wenn französische Nachrichtensender in Anbetracht der überbordenden Verschuldung ihres Landes (116 Prozent des BIP) jublieren und gar von einem „revolutionären Schritt“ sprechen, dann sollten in Deutschland alle Alarmglocken anheulen: Offensichtlich sollen die Deutschen noch mehr geschöpft werden, als dies bislang schon der Fall war.

Der genaue Weg ist dabei fast zweitrangig, dennoch sei er kurz erwähnt: Nun soll erstmalig die EU-Kommission 500 Milliarden Euro (zum Vergleich, der Bundeshaushalt hat lediglich ein Volumen von 355 Milliarden Euro/Jahr, Anmerk. d.R.) an den Finanzmärkten aufnehmen dürfen und dieses Geld dann an beliebige Mitgliedsländer verschenken – vor allem natürlich an die, die sich wegen ihres bisherigen Schuldenstands keine weiteren Schulden mehr leisten können. Zurückzahlen soll das Geld aber nicht die EU, sondern einzelne Staaten. Wer genau, wird bislang noch verschwiegen, aber Macron deutete schon die Richtung an, wie aus dem folgenden Zitat aus der „Welt“ hervorgeht: „Es ist sicher, dass die 500 Milliarden nicht nur von denen zurückgezahlt werden, die profitieren.“ Vielmehr werde „entweder ein Schlüssel oder andere Mechanismen“ dafür gesucht, „das wird gemeinsam mit der Kommission entschieden.“ <https://www.welt.de/.../Merkel-Macron-Europaeisch-handeln-mit...>

Merkel betonte, sie gehe hierbei vom „normalen Haushaltsschlüssel der Mitgliedstaaten“, aus – für Deutschland wären das 27 Prozent. Im Klartext: Wir Deutschen sollen (mindestens!) 135 Milliarden Euro, die zumeist (wenn nicht sogar ausschließlich) anderen Ländern zugutekommen sollen, über unser Steueraufkommen (und damit über unsere Arbeitskraft!) finanzieren.

Aber selbst damit nicht genug: Weitere 500 Milliarden Euro haben die EU-Finanzminister bereits versprochen, die an Unternehmen gezahlt und für das europäische Kurzarbeitergeld ausgegeben werden sollen.

Wären wir Deutschen tatsächlich so reich, wie uns Politik und Medien zur Rechtfertigung solcher Geschenkpakete stets weismachen wollen, könnte man das Ansinnen Merkels und der fordernden Schuldenstaaten vielleicht noch im Ansatz nachvollziehen (wenn auch natürlich selbst dann nicht gutheißen – jede Nation ist letztlich für sich selbst verantwortlich). Die Realität bei der **Vermögenssituation der EU-Bürger** ist aber eine gänzlich andere, wie ich hier an dieser Stelle bereits vor einigen Wochen deutlich gemacht habe; ich zitiere aus meinem damaligen Beitrag:

„Der mittlere Italiener verfügt nach Abzug seiner Schulden über ein Gesamtvermögen in Höhe von ca. **84.500 Euro**.
Der Spanier verfügt im Durchschnitt über ein Gesamtvermögen in Höhe vonca. **87.700 Euro**.
Der Franzose verfügt sogar über ein entsprechendes Vermögen in Höhe vonca. **93.700 Euro**.
All diese Beträge sind natürlich nichts im Vergleich zum vorgeblich „reichen“ Deutschen, ca. **32.500 Euro** hortet dieser unsolidarische, auf sein eigenes Wohlergehen bedachte Zeitgenosse!!!

Ja, Sie haben richtig gelesen, es fehlt auch nicht etwa eine Zahl und es ist auch kein Witz: In allen genannten Ländern ist das Pro-Kopf-Vermögen des mittleren Einwohners weit mehr als doppelt, im Falle von Frankreich sogar fast dreimal so hoch wie in Deutschland. <https://www.facebook.com/554345401380836/posts/1604023103079722/>-----

An dieser Statistik hat sich NICHTS geändert. Wie kann Frau Merkel in Anbetracht dieser desaströsen Zahlen zur deutschen Vermögenssituation es wagen, anderen, wesentlich wohlhabenderen Ländern weiteres Geld der deutschen Steuerzahler zuzuschicken?

Erneut hat also Frau Merkel mitsamt ihrer Union (von der SPD ganz zu schweigen, da wundert einen aber ohnehin nichts mehr) die Interessen der Deutschen auf dem Altar der EU geopfert. Künftige Generationen in Deutschland werden es ihr in Anbetracht der zunehmend um sich greifenden Armut und einer noch längeren Lebensarbeitszeit „danken“.

Allerhöchste Zeit daher, das Verschenken deutschen Steuergelds in andere Länder zu beenden. Allerhöchste Zeit, Politik FÜR, nicht GEGEN die Interessen der Deutschen zu machen. Allerhöchste Zeit für die AfD.“

Soweit der Bundessprecher der AfD, Prof. Dr. Jörg Meuthen

Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer oder natürlich als Mitglied. Berichten Sie im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis von unseren Stammtischen und Veranstaltungen, und nicht zuletzt, sprechen Sie uns direkt an.

Danke für Ihre Spende:

Alternative für Deutschland

AfD Kreisverband-Havelland

Verwendungszweck: Schönwalde-Glien

IBAN: DE55 1605 0000 1000 8464 38

BIC: WELADED1PMB